

>Einkommens-Verteilung<

Wolfgang Reeder

R.Hasse/H.Schneider/K.Weigelt
(Hrsg)
Lexikon
Soziale Marktwirtschaft
Online-Edition 2014

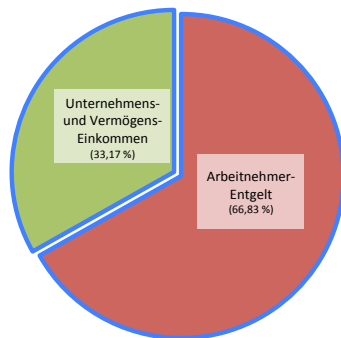
Sinn des Wirtschaftens ist die Produktion von Gütern und Dienstleistungen. Den monetären, geldlichen Anspruch auf Güter und Dienstleistungen nennen wir Einkommen. Für Einkommen ist damit ein grundlegender, und zwar gesamtwirtschaftlicher Sachverhalt bestimmt: Einkommen kann - sehen wir von Lagerhaltung ab - nur durch gegenwärtige Produktion von Gütern und Dienstleistungen entstehen. Der tatsächliche, der Real-Wert des Einkommens wird unabhängig vom Nenn- oder Nominal-Wert durch die insgesamt verfügbare Güter- und Leistungsmenge bestimmt. Machen wir uns den Zusammenhang mit einem Gedankenexperiment deutlich: Nehmen wir an, durch eine Natur- oder von Menschen verursachte Katastrophe seien alle Produktionsanlagen zerstört. Dann würden alle Geldscheine, Sparbücher, Schuldscheine, würden alle geldlichen Ansprüche auf Güter und Dienstleistungen wertlos sein. Dieser Zusammenhang lässt uns historisch Währungsreformen verstehen, systematisch Altersversorgungs-Systeme verstehen und richtig gestalten.

Funktionelle Einkommensverteilung

Einkommen und Einkommens-Verteilung gehören zu den ökonomischen Begriffen, die selbst in Fach-Publikationen unvollständig oder gar verzerrt dargestellt werden. Einkommen ist monetärer Anspruch auf Güter und Dienstleistungen. Güter und Dienstleistungen entstehen durch den Einsatz der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital (zum Produktionsfaktor *Natur* siehe die Artikel >Umwelt<). Damit stellt sich zunächst die Frage nach der Verteilung des Produktions-Ergebnisses auf die Faktoren - oder wirtschaftlichen Funktionen - Arbeit und Kapital. Wir sprechen von funktioneller Verteilung. Im Rahmen der Verteilungs-Rechnung des Volkseinkommens liefert die amtliche - zählende - Statistik die Lohn-Quote - z.B. für das Jahr 2013 in Höhe von 66,83 %. Der verbleibende Teil in Höhe von 33,17 % des Volkseinkommens wird dann oft als Gewinn-Quote bezeichnet. Irreführend und falsch, wenn auch weit verbreitet, ist es, die Lohn-Quote als Anteil der Arbeitnehmer am Volkseinkommen auszugeben. Zwei einfache ökonomische Sachverhalte werden dabei ausgeblendet, die bei genauer Lektüre der amtlichen Statistik erkennbar werden: Die Bestandteile des Volkseinkommens sind - in der früheren Statistik-Bezeichnung - (a) >Bruttoeinkommen aus (!) unselbständiger Arbeit<, (b) >Bruttoeinkommen aus (!) Unternehmer-Tätigkeit und Vermögen<. (Die heutigen Bezeichnungen

der amtlichen Statistik lauten (a) >Arbeitnehmerentgelt<, (b) >Unternehmens- und Vermögenseinkommen<). Die Kapital-Einkommen, die den Arbeitnehmern durch Kapital-Erträge und Miet-Einnahmen zufließen, sind in der behaupteten "Gewinn-Quote" enthalten. Andererseits enthält diese Größe diejenigen Einkommen, die selbständig Tätige durch ihre Arbeit erhalten, z.B. Handwerker, Rechtsanwälte, Webdesigner. Die Verteilungs-Rechnung des Sozialprodukts richtet sich also am rechtlichen Status aus, nicht, obwohl als funktionelle Verteilung bezeichnet, an der ökonomischen Funktion.

Lohn-Quote
2013: 66,8 %

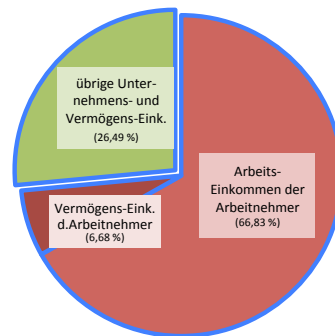


Im Schaubild ist das für das Jahr 2013 dargestellt: zunächst die Verteilungs-Rechnung des Volkseinkommens der amtlichen Statistik mit den Größen >Arbeitnehmerentgelt< und >Unternehmens- und Vermögenseinkommen<.

Wollen wir jedoch wissen, wie hoch der gesamte Anteil der Arbeitnehmer am Volkseinkommen ist, so müssen wir dem Arbeitnehmer-Entgelt die Vermögens-Einkommen der Arbeitnehmer hinzurechnen. Sie sind hier mit 10 % des Arbeitnehmer-Entgelts

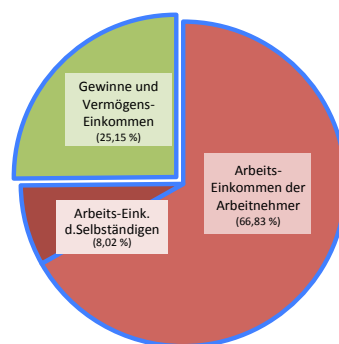
angenommen. So erhalten wir die Arbeitnehmer-Quote.

Arbeitnehmer-Quote
2013: 73,5%



Fragen wir, wie hoch der Anteil der Einkommen ist, der nicht auf Kapital, sondern auf Arbeit entfällt, so müssen wir dem Arbeitnehmer-Entgelt, dem Einkommen aus unselbständiger die Einkommen aus selbständiger Arbeit hinzufügen - berechnet mindestens mit dem durchschnittlichen Arbeitnehmer-Entgelt multipliziert mit der Zahl der Selbständigen. So erhalten wir die Arbeits-Quote.

Arbeits-Quote
2013: 74,8 %



Personelle Einkommensverteilung

Mit der Berechnung der Arbeitnehmer-Quote sind wir von der funktionalen zur personellen Einkommens-Verteilung übergegangen, zur Verteilung des Einkommens auf Perso-

nen, auf Haushalte. Angesichts erheblicher Einkommens-Unterschiede stellt sich die Frage, wie hoch der Anteil der Menschen in einer bestimmten Einkommensgruppe ist. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung erhebt entsprechende Daten seit 1984 durch Befragungen von 12.000 Privathaushalten im Rahmen seines Sozio-oekonomischen Panels (SOEP). Erhoben wird das verfügbare Einkommen der Haushalte. Da ein Drei-Personen-Haushalt einen geringeren Pro-Kopf-Bedarf z.B. an Haushaltsgeräten hat als ein Ein-Personen-Haushalt, wird das Einkommen mit dem Bedarf gewichtet. Die Ergebnisse werden zum verfügbaren Einkommen in einem Land hochgerechnet. Dann wird ermittelt, wie hoch - in aufsteigender Reihenfolge - der Anteil von jeweils 10 Prozent (ein Dezil) der Haushalte an diesem Gesamteinkommen ist. So ist der Anteil der 10 % der Haushalte mit dem geringsten Einkommen zwischen 1991 und 2005 von 4,1 % auf 3,5 % gesunken, danach bis 2010 wieder leicht auf 3,7 % gestiegen. Der Anteil der 10 % der Haushalte mit dem höchsten Einkommen ist zwischen 1991 und 2005 von 20,5 % auf 24,1 % gestiegen, danach bis 2010 wieder leicht auf 23,1 % gesunken.

Verteilung des verfügbaren bedarfs-gewichteten Haushaltseinkommens

	1.Dezil	2.Dezil	3.Dezil	4.Dezil	5.Dezil	6.Dezil	7.Dezil	8.Dezil	9.Dezil
1991	4,1	5,8	6,8	7,7	8,6	9,5	10,6	12,1	14,3
1995	3,9	5,7	6,8	7,7	8,5	9,4	10,6	12,0	14,1
2000	3,9	5,7	6,8	7,7	8,5	9,4	10,5	11,9	14,1
2005	3,5	5,3	6,3	7,3	8,2	9,2	10,3	11,7	14,1
2010	3,7	5,4	6,5	7,4	8,3	9,3	10,4	11,9	14,2

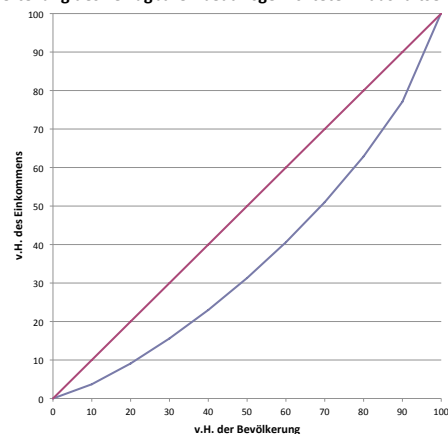
Anteile am Einkommens-Volumen aller Haushalte in Prozent
 Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, SOEPv28

Primäre und sekundäre Verteilung

Wenn wir das verfügbare Einkommen der Haushalte betrachten, beschäftigen wir uns mit den Einkommen nach Umverteilung durch den Staat. Von ihrem Einkommen aus Arbeits- und Kapital-Einsatz müssen die Haushalte auf der einen Seite Abgaben an den Staat leisten; auf der anderen Seite erhalten sie Sozialleistungen vom Staat. Zu unterscheiden sind deshalb Primär-Verteilung vor und Sekundär-Verteilung nach Umverteilung durch den Staat. Der Staat belastet das Volkseinkommen mit ca. 45 % Steuern und Sozial-Abgaben (genaue Analyse: DIW-Wb 2013/27). Andererseits machen staatliche Transferzahlungen fast 30 % der Nettoeinkommen der Haushalte aus (IW-Tr 2013/01). Ergebnis ist eine deutliche Veränderung der Einkommens-Verteilung. Das wird erkennbar, wenn wir ein Konzentrations-Maß für die Verteilung einführen: den aus der Lorenz-Kurve abgeleiteten Gini-Koeffizienten.

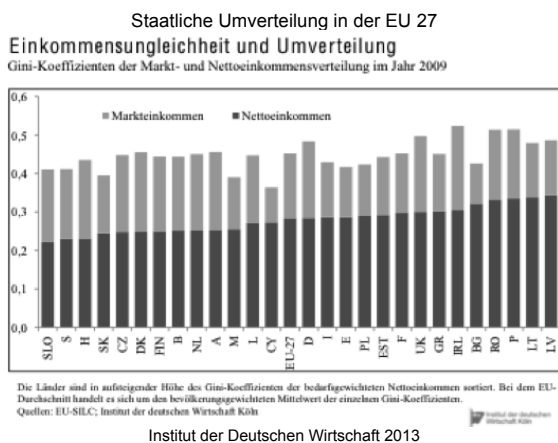
Lorenz-Kurve Deutschland 2010

Verteilung des verfügbaren bedarfs-gewichteten Haushaltseinkommens



Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung; SOEPv28

Dazu tragen wir auf den Achsen eines Koordinatensystems die Anteile der Haushalte und die Anteile am gesamten Haushalts-Einkommen ab - hier die Prozentsätze für die o.a. Dezile. Bei vollständiger Gleich-Verteilung ergibt sich eine 45°-Linie und damit ein Gini-Maß von 0. Je weiter die tatsächliche Kurve von dieser 45°-Linie entfernt, je größer also die sich ergebende Fläche ist, um so mehr nähert sich das Gini-Maß dem Wert 1, um so größer ist die Ungleich-Verteilung.

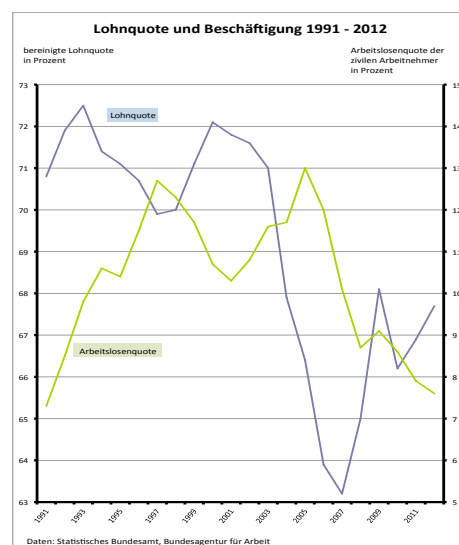


Die Tabelle zeigt nun für die Länder der EU27 das Gini-Maß der Einkommen (a) vor, (b) nach Umverteilung durch den Staat. Die Verringerung marktbedingter Einkommens-Ungleichheit entspricht einer wesentlichen Aufgabe des Staates in der Sozialen Marktwirtschaft.

Tarifpolitische Umverteilung

Wichtige Akteure der Umverteilungs-Politik sind Gewerkschaften. Sie sind i.d.R. bestrebt, das Volkseinkommen zugunsten der Arbeitnehmer umzuverteilen, indem sie in Tarifverhandlungen ihre Forderungen um einen Umverteilungs-Zuschlag erhöhen. Ihre gesamtwirt-

schaftliche Zielgröße ist die Lohn-Quote. Allerdings sind sie damit auf Dauer nicht erfolgreich: die Lohn-Quote bleibt langfristig weitgehend konstant. Dabei ist zunächst ein statistisches Zuordnungs-Problem zu berücksichtigen: Ändert ein IT-Berater seinen rechtlichen Status von freiem Beruf zum GmbH-Geschäftsführer mit gleichem Gehalt, so gehört sein Einkommen dann nicht mehr zum Unternehmens- und Vermögens-Einkommen, sondern zum Arbeitnehmer-Entgelt. Berücksichtigen wir solche Änderungen der Berufsstruktur, so erhalten wir die bereinigte Lohn-Quote. Generell sind für Beziehungen zwischen Lohn Quote und Beschäftigung kaum eindeutige Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge, sondern vielmehr Wechselwirkungen festzustellen. Einerseits steigt mit zunehmender Arbeitskräfte-Nachfrage die Verhandlungsmacht von Gewerkschaften. Andererseits wurden Umverteilungserfolge durch Arbeitsplatz-Verluste wieder zunichte gemacht.



Zudem wird die Verhandlungsmacht von Gewerkschaften durch unter-

schiedliche Bedingungen auf Teil-Arbeitsmärkten bestimmt. Das zeigt sich in zunehmender Spreizung der Einkommen. Die Spreizung ist strukturell bedingt. (Informations)Technischer Fortschritt und weltweite Konkurrenz lassen die Verhandlungsmacht von Beschäftigten mit geringerer Qualifikation schwinden, die von Beschäftigten mit höherer Qualifikation wachsen. Im europäischen Vergleich wird die sich weiter öffnende Einkommensschere als besonders in Deutschland ausgeprägtes Problem gesehen. Allerdings weist Deutschland zugleich eine deutlich höhere Beschäftigung aus. Das spricht für einen Konflikt: Kommt es für Personen mit geringeren Qualifikationen vorrangig darauf an, ihre (Markt)Einkommens-Situation oder ihre Beschäftigungssituation zu verbessern ?

Verteilungs-Gerechtigkeit

Auf die Lohn-Quote bezogene Verteilungspolitik ist langfristig wirkungslos. Nehmen wir an, es würde gelingen, die Lohnquote immer weiter zu steigern, dann würde der Anteil der Erträge aus Investitionen, also aus Kapitalbildung sinken. Das macht Investitionen unattraktiv. Damit ist ein Weg zur Änderung nicht der funktionellen, aber der personellen Verteilung angedeutet: die Beteiligung der Empfänger von Arbeitnehmer-Entgelt an Kapitalbildung durch Investiv-Lohn und Kapital-Beteiligung - ein den Grundprinzipien Sozialer Marktwirtschaft besonders entsprechender verteilungs-politischer Ansatz. 2009 gab es Kapital-

Beteiligungen von 2,274 Millionen Mitarbeitern in 4.275 Unternehmen mit einem Kapital-Betrag von 11,59 Mrd.Euro (BMWi-Mb 06-2011).

Die Unterscheidung von Primär-Verteilung und Sekundär-Verteilung zeigt für Deutschland die Wirksamkeit von Einkommens-Ausgleich durch progressiv gestaltete Einkommens-Besteuerung einerseits, Transfer-Zahlungen durch Sozialleistungen andererseits. Dennoch wird die Einkommens-Verteilung von einer Mehrheit als ungerecht empfunden. Zum einen wird in der öffentlichen Diskussion ungenügend zwischen Einkommens-Verteilung und Vermögens-Verteilung unterschieden. Zum anderen beruht die Umverteilungs-Wirksamkeit auf einer Vielzahl von steuer- und sozialpolitischen Einzelmaßnahmen, deren Zusammenhang für die Bürger nicht erkennbar ist, die oft nicht einmal hinreichend aufeinander abgestimmt sind. Das zeigt schon die Vielzahl von Einkommens-Begriffen im Steuer- und Sozialrecht. Auch die Wissenschaft kann die Umverteilung nur mit komplizierten Berechnungen näherungsweise für länger zurückliegende Zeiträume bestimmen.

Zum empirischen kommt ein normatives Problem: Wie ist das Verhältnis von (Un)-Gleichheit und (Un)Gerechtigkeit zu bestimmen ? In einer Umformulierung des Pareto-Optimums können wir das Verhältnis mit John Rawls für die hier dargestellte personelle Verteilung so bestimmen: Ungleichheit steht solange nicht im Widerspruch zu Gerechtigkeit, wie nicht nur die Haushalte in den

höchsten Dezilen profitieren, sondern auch die in den untersten Dezilen. Allerdings stößt dieses Kriterium auf ein Wahrnehmungs-Problem, wenn höchste Einkommen deutlich stärker steigen als geringe Einkommen. Das gilt bewusstseinsprägend für Manager weltweit agierender Kapitalgesellschaften; das gilt vor allem für Akteure auf Finanzmärkten, die Billionen-Beträge ohne real-wirtschaftliche Bezüge bewegen. Solche Möglichkeiten sind freilich durch Finanz- und Geldpolitik in staatlicher Verantwortung entstanden, unter Verletzung von Bedingungen Sozialer Marktwirtschaft: durch rasant steigende Staatsverschuldung einerseits, Verzicht auf notwendige Regulierung von Geld- und Kapitalmärkten andererseits.

Für eine Politik Sozialer Marktwirtschaft stellen sich drei Aufgaben: 1. die Verschuldung des Staates zurückzuführen, Geld- und Kapitalmärkte zu regulieren; 2. das Transfer-System konsistent und transparent zu gestalten, 3. der sich öffnenden Einkommensschere entgegenzuwirken.

Am unteren Ende der Einkommens-Skala ist die wachsende Diskrepanz vor allem Qualifikations-bedingt. Nachhaltig wirksame Ausgleichs-Politik ist deshalb nicht durch mehr Umverteilung zu realisieren, sondern durch mehr Bildung.

Literatur:

Gahlen, B./ Hesse, H./ Ramser, H.J. (Hrsg. 1998): Verteilungsprobleme der Gegenwart. Tübingen: 1998.

Bohnet, A. (1999): Finanzwissenschaft: Staatliche Verteilungspolitik. München (3)1999.

Reeder, W. (1981): Umverteilung und Bürokratisierung. In: W.Reeder, W.Schmitt Glaeser: Umverteilung und Bürokratisierung. München 1982.

Peichl, A./ Schaefer, T. (2008): Wie progressiv ist Deutschland ? Das Steuer- und Transfersystem im europäischen Vergleich. Köln 2008.

Pimpertz, J./ Horschel, N./ Schröder, C. (2009): Soziale Umverteilung in Deutschland. Köln 2009.

Niehues, J. (2013): Staatliche Umverteilung in der Europäischen Union. In: IW-Trends I/2013

Forschung:

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung Berlin: Sozio-oekonomisches Panel (SOEP)
Zentrum für europäische Wirtschaftsforschung Mannheim: Forschungsgruppe Internationale Verteilungsanalysen"